



NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krens



Jetzt aufarbeiten: Schrecken einer Silvesternacht



Polizei und Justiz arbeiten seit Wochen die Übergriffe am Kölner Bahnhof in der Silvesternacht auf. Jetzt soll sich auch ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss im nordrhein-westfälischen Landtag mit den Vorfällen vor dem Kölner Hauptbahnhof beschäftigen. Darauf haben sich vier der fünf im Landtag vertretenen Fraktionen verständigt. Wir wollen das ganze Bild betrachten: Es muss selbstverständlich auch die Frage der Verantwortlichkeiten geklärt werden. Das gilt für alle beteiligten Behörden. Auf diesen Untersuchungsauftrag haben sich die Fraktionen von SPD, CDU, Grüne und FDP verständigt. Geklärt werden soll, wie es zu den Ereignissen kommen konnte, wie und in welchem Umfang staatliche Stellen durch fehlerhaftes Handeln zu den tragischen Ereignissen beigetragen haben. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Aufgabenwahrnehmung der Landesbehörden, insbesondere der Landespolizei, im Zusammenwirken mit der Bundespolizei und der Stadt Köln.

Wir wollen eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Umstände der widerwärtigen Taten in der Silvesternacht. Dabei geht es uns um die Aufklärung der Geschehnisse, jedoch ebenso um Prävention, damit sich etwas Ähnliches nicht wiederholen kann. Das sind wir vor allem den Opfern schuldig.

Über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde am Mittwoch im Landtag beraten und beschlossen.

Drucksache [16/10798](#) (Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grüne und FDP), [16/10869](#) (Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, FDP und Piraten)

Jetzt beachten: Erschreckt, erniedrigt, entwürdigt - die Opfer



Beleidigung ist ein Delikt, Belästigung wiederum nicht. Und eine sexuelle Handlung ist nicht gleich jedes sexuelle Handeln. Das Strafgesetz erkennt nur Handlungen an, „die im Hinblick auf das jeweils geschützte Rechtsgut von einiger Erheblichkeit sind“. Dabei muss Frauen anfassen ein Tabu sein und nein auch nein heißen. Doch Grapschen, wie in der Kölner Silvesternacht passiert, ist oft straffrei. Es ist eben kein Kavaliersdelikt. Vielmehr ist es entwürdigend, es macht hilflos, es verletzt.

Was diese Frauen durchmachen mussten, ist schockierend. Diese Frauen, die ungewollt zu Opfern wurden, brauchen jetzt unsere Hilfe. Doch die derzeitige Zuspitzung auf die mutmaßliche Herkunft der Täter führt dazu, dass die Opfer fast vollständig aus dem Blickfeld geraten. Das wollen und werden wir nicht zulassen.

Deshalb bringen wir gemeinsam mit der Grünen-Fraktion den Antrag "Opfer nicht aus dem Blick verlieren - Täter ermitteln und bestrafen" am Mittwoch in die Plenarsitzung ein.

Die aktuell entbrannte Debatte wegen der Übergriffe in Köln ist auch eine Chance, das große Ausmaß sexueller Gewalt in öffentlichen Räumen zu beleuchten. Sexuelle Gewalt gibt es in allen Schichten, betroffen sind alle Altersgruppen: Mädchen, Frauen und Seniorinnen, aber auch Jungen und Männer. Für uns ist klar: Jeder Übergriff ist einer zu viel - egal, von wem und gegen wen.“

Drucksache [16/10787](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Jetzt planen: Konzept für Düsseldorfer Regierungsviertel



Die Düsseldorfer Landtagsabgeordneten aller Parteien haben Anfang des Jahres ein Konzept für ein künftiges Regierungsviertel vorgelegt. Danach sollen die Ministerien der Landesregierung stärker in der Nähe des Landtags konzentriert werden. Das frühere Innenministerium soll dafür durch einen flexiblen Neubau ersetzt werden. „Damit würden alle Seiten profitieren“, meint der SPD-Landtagsabgeordnete Markus Herbert Weske.

Zum Bericht auf [wdr.de ... \(http://www1.wdr.de/studio/duesseldorf/lokalzeit/flexibler-neubau-100.html\)](http://www1.wdr.de/studio/duesseldorf/lokalzeit/flexibler-neubau-100.html)

Jetzt absichern: Puffer für Pensionen



Für das Jahr 2024 wird in den Amtsstuben NRW die Spitze der Pensionierungswelle erwartet. Deshalb will die Landesregierung nun weiter vorsorgen. Sie will den Puffer für den erwarteten Höhepunkt mit 165.000 Pensionärinnen und Pensionären mit jährlich 200 Millionen Euro weiter aufgestockt. Damit stehen ab 2017 mehr als zehn Milliarden Euro in dem dafür vorgesehenen Pensionsfonds bereit. Er setzt sich aus den bisher getrennten Sondervermögen der Beamtenversorgung von Bund und Land zusammen. Den entsprechenden Gesetzentwurf soll der Landtag am Mittwoch beschließen.

Mit dem neuen Pensionsfonds sichern wir die Ruhestandsbezüge auch weiterhin. Die Landesregierung hat sich für die vereinfachte Lösung mit einem einheitlichen Pensionsfonds entschieden, die bereits in Bayern praktiziert wird. Mit einem Unterschied: Das Land NRW führt 200 Millionen Euro, also den doppelten Betrag im Vergleich zu Bayern, zu.

Außerdem haben die rot-grünen Koalitionsfraktionen am Mittwoch noch einen Änderungsantrag zum Pensionsfonds eingebracht: Darin geht es um den gesetzlich festverankerten Beirat aus Ministerien und Gewerkschaften, der die strategische Ausrichtung des Fonds begleiten soll. Das ist eine Anregung seitens der Gewerkschaften während der öffentlichen Beratungen des Gesetzentwurfs. Außerdem sollen auch weiterhin die Anlagerichtlinien im zuständigen Ausschuss beraten werden, um eine transparente Arbeit zu sichern.

In einem weiteren Entschließungsantrag geht es obendrein um nachhaltiges Investieren mit dem Fondsgeld und den Ausschluss einer möglichen Privatisierung des Fonds.

Drucksache [16/9568](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung), [16/10432](#) (Beschlussempfehlung)

Jetzt voranbringen: Frühe Förderung weiter verstärken



Jedes Kind hat sein eigenes Tempo, hat seine eigenen Stärken und Schwächen. Bis Babys und kleine Kinder das erste Mal laufen oder das erste Wort brabbeln, müssen sie viel ausprobieren und erlernen. Manchen Kindern fehlen bestimmte Anreize. Diese können Kinder in ihrer Entwicklung einschränken, verlangsamen oder sogar sehr stark behindern. Manchmal kann es sein, dass es Verzögerungen oder Auffälligkeiten gibt, die eine spezielle Unterstützung des Kindes erfordern. Ein Schock für die Eltern, wenn die mögliche Diagnose des Kinderarztes lautet: Ihr Kind ist behindert oder von einer Behinderung bedroht. Doch je früher Beeinträchtigungen oder Auffälligkeiten in der kindlichen Entwicklung festgestellt werden, desto besser kann vorgebeugt und geholfen werden. Genau dafür gibt es in Nordrhein-Westfalen die Frühförderung. Das ist ein Hilfsangebot für Kinder vom Säuglings- bis zum Schulalter.

Es werden unter anderem ärztliche, heilpädagogische, psychologische und therapeutische, aber auch spezielle Hilfen für die Erziehungsberechtigten angeboten. Rechtliche Grundlage für diese komplexen Leistungen ist die Rahmenvereinbarung Frühförderung NRW. Vertragspartner sind die kommunalen Spitzenverbände, die gesetzlichen Krankenkassen und die Freie Wohlfahrtspflege. Die Rahmenempfehlung wiederum, die kürzlich novelliert wurde, regelt die inhaltlichen und fachlichen Standards, beispielsweise die personellen Anforderungen und Qualifikationen, aber auch die Leistungserbringung und -vergütung.

Allerdings sind wir noch nicht am Ziel eines gleich guten und flächendeckenden Angebots in NRW angekommen. Es gibt zwischen Rheinland und Westfalen sehr unterschiedliche Ausprägungen. Daher wollen wir zusammen mit dem grünen Koalitionspartner das Hilfsangebot weiter stärken und die in der Rahmenempfehlung formulierten Ziele und Absichten verbindlicher ausgestalten. Dafür muss die Rahmenempfehlung in eine Rahmenvereinbarung überführt werden. Dadurch wären die Kostenträger und die Leistungserbringer vertraglich verpflichtet, die vereinbarten Standards umzusetzen. Das wiederum schafft mehr Planungssicherheit.

Zudem fordern wir die Landesregierung in unserem gemeinsamen Antrag auf, sich für bundeseinheitliche Festlegungen und Standards zu Leistungsinhalt, Leistungsumfang, Qualität und die Einrichtung einer Schiedsstellenlösung einzusetzen, um ein einheitliches Leistungsangebot auf gesetzlicher Grundlage zu ermöglichen. Unser Ziel ist, dass alle leistungsberechtigten Kinder sowie deren Eltern und Angehörige künftig noch besser als bisher darauf vertrauen können, unabhängig vom Wohnort ein qualitativ und auch einheitliches Angebot der Frühförderung nutzen zu können. Der Antrag wurde am Donnerstag im Plenum beraten.

Drucksache [16/10786](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Jetzt handeln– Bundesratsinitiative zur paritätischen Krankenversicherung



Die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge werden aktuell nur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt. Diese einseitige Belastung untergräbt die solidarische Krankenversicherung, die eine wichtige Errungenschaft des Sozialstaats ist. In einem Antrag des Fraktionslosen Abgeordneten Schwerdt sollte der Landtag aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen. Pech nur für den ehemaligen Piraten–die von ihm geforderte Bundesratsinitiative ist längst auf dem Weg und wurde am Freitag im Bundesrat beraten. Dazu sprach Marion Warden im Plenum.

Fotonachweis

Untersuchungsausschuss: dpa/picture-alliance
Gewalt gegen Frauen: Urheber: vadymvdrobot - fotolia.com
WDR: Urheber: Imaginis - fotolia.com
Pension/Geld: Urheber: M. Schuppich - fotolia.com
Frühförderung: Urheber: kristall - fotolia.com
Gesundheitskarte

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0